

Umsatzabgaben vernichten Arbeitsplätze

Hans Kaufmann, Nationalrat, Wettswil

Mit der Ablehnung des Steuerpaketes am 16. Mai 2004 wurde auch die Überführung der dringlichen Massnahmen im Bereich der Umsatzabgabe aus den Jahren 1999 und 2000 ins ordentliche Recht verworfen. Die dringlichen Massnahmen sind auf den 15. Dezember 2005 befristet. Wenn bis zu diesem Zeitpunkt keine Änderung des Bundesgesetzes über die Stempelabgaben verabschiedet wird, werden die derzeit bereits wirksamen Entlastungen in Höhe von SFr. 240 Mio., nämlich die Gleichbehandlung der in- und ausländischen Mitglieder von schweizerischen Börsen, die generelle Befreiung der ausländischen Kunden beim Handel mit ausländischen Obligationen und die Befreiung der als Gegenpartei auftretenden Börse im Ausland bei der Ausübung von standardisierten Derivaten hinfällig. Auch die Befreiung von ausländischen institutionellen Anlegern und die Entlastung der schweizerischen Anlagefonds und des Handels mit schweizerischen Titeln für inländische Mitglieder an ausländischen Börsen wird aufgehoben. Allein schon die Abschaffung dieser selbst im Steuerpaket unbestrittenen Massnahmen würde dem Finanzplatz Schweiz grossen Schaden zufügen. Dass andererseits dafür auch die Registrierung der Pensionskassen, der Sozialversicherungen und der öffentlichen Hand (Bund, Kantone und politische Gemeinden) als Effekthändler aufgehoben würde, vermag diesen potentiellen Schaden nicht wettzumachen. Deshalb hat der Bundesrat Mitte August 2004 eine neue Botschaft zur Revision der eidgenössischen Stempelabgaben vorgelegt. Mit dieser Vorlage will der Bundesrat auch die im Steuerpaket vorgesehenen zusätzlichen Entlastungen berücksichtigen. Die Befreiung der ausländischen Gesellschaften, der sogenannten Corporates, deren Aktien an einer anerkannten Börse kotiert sind, und die Erhöhung der Freigrenze bei der Emissionsabgabe von gegenwärtig SFr. 250'000 auf SFr. 1 Mio. würde zu Steuerausfällen von rund SFr. 70 Mio. führen.

Weiterhin der Umsatzabgabe unterworfen bleiben aber die inländischen Pensionskassen und Lebensversicherungen. Diese Ungleichbehandlung unserer schweizerischen Altersvorsorgeeinrichtungen gegenüber den ausländischen Instituten entbehrt jeglicher Logik. Müsste unser Staat nicht ein grosses Interesse daran haben, dass möglichst viele Menschen in unserem Lande über ausreichende Mittel im Alter verfügen, damit sie nicht der Allgemeinheit zu Last fallen? Stattdessen müssen unsere Pensionskassen jährlich SFr. 150 Mio. bis SFr. 250 Mio. Stempelabgaben an den Fiskus abliefern. Die Finanzlöcher der Pensionskassen in Unterdeckung vergrössern sich dadurch und die Fehlbeträge müssen letztlich von den Versicherten und den Arbeitgebern nachfinanziert werden. Auch die inländischen Lebensversicherungen liefern dem Bund jährlich SFr. 70-100 Mio. an Stempelabgaben ab.

Der Finanzplatz Schweiz hat in den letzten Jahren in Bezug auf die Umsatztätigkeit an den Börsen signifikante Marktanteile verloren. Noch Mitte der 90er-Jahre verzeichnete die Schweizer Börse einen Anteil am weltweiten Aktienhandel von über 3%, in der Spitze sogar knapp 4%, im Juli 2004 lag der Weltmarktanteil noch bei 1,6%. Selbst in Europa hat die Schweiz deutlich eingebüsst. Hier sank der Marktanteil vom Spitzenwert von rund 11% im Jahre 1995 auf nurmehr 5,2%. Diese Zahlen reflektieren aber nur einen Teil der Tragödie. In Bezug auf die Arbeitsplätze und die Stempelerträge ist es von ausschlaggebender Bedeutung, wo diese Umsätze in Schweizer Aktien stattfanden. Noch 1995 wurden erst 13% der Umsätze in Schweizer Aktien im Ausland abgewickelt, heute sind es knapp 30%. Es wäre nun endlich an der Zeit, dass der Bundesrat sich an seine eigenen Erkenntnisse, wie sie im Wachstumsbericht dargelegt wurden, erinnert. Volkswirtschaftlich ist es sinnvoller, wenn der Staat die starken Sektoren fördert, indem er sie von Behinderungen entlastet, statt mit Steuergeldern Strukturhaltung für Branchen zu betreiben, die ohne Staatskrücken nicht mehr überlebensfähig sind. Dies heisst konkret, sämtliche Umsatzabgaben im Finanzsektor sind abzuschaffen, denn sie schaden der Wirtschaft und vernichten Arbeitsplätze.